



# DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

März 2023

## Klimastreik am 3. März – wir waren dabei



Wie in den letzten Jahren immer war die LINKE Hamburg beim Klimastreik dabei. Hier einige Aktive aus Mitte auf dem Jungfernstieg. Die Ansage ist selbsterklärend. *Foto: Patrick Walkowiak*

**Redaktionsschluss** für die April-Ausgabe:

**Freitag, 31.03.2023**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

Menschenrechte und Sanktionen	S. 2
BüFrak: Newroz Empfang im Rathaus	S. 3
Quo vadis Bezirksvorstand? ...	S. 4
Kein Schlusstrich!	S. 5
Internationaler Frauentag	S. 6
Enteignung gesetzlich ermöglichen	S. 9
Die LINKE St. Pauli schenkt aus	S. 10
Gesundheitskiosk erhalten	S. 10
Termine / Kontakt	S. 11

## Menschenrechte und Sanktionen – gehen nicht zusammen

Mit 140 Menschen war der Musiksaal des Gewerkschaftshauses gut besetzt, als es am Mittwoch, dem 01. März, um Menschenrechte und Sanktionen und nicht weniger als die Frage ging, wie eine menschenwürdige Welt geschaffen werden kann. Als DiskutantInnen waren die Botschafterin der Republik Kuba, Juana Martínez González, und der Völkerrechtler und ehemalige Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Norman Paech, geladen.

Kristian Glaser eröffnete die Veranstaltung, die von den Bezirksverbänden Hamburg Mitte und Nord zusammen mit Cuba Sí, dem Jugendverband Solid sowie der AG Frieden und internationale Politik organisiert wurde. Er hob die große Ehre des hohen Besuchs und die große gemeinsame Verantwortung im Kampf für eine bessere Welt hervor. Sanktionen richten sich immer gegen die Bevölkerung. Und wenn die Bevölkerung eines Staates davon getroffen wird, werden alle anderen auch getroffen – deshalb ist die Solidarität unteilbar.

**Juana Martínez González** berichtete von der mehr als 60 Jahre andauernden Blockade der USA gegen Kuba und wie die „kleine, rebellische Insel 90 Meilen vor der größten und aggressivsten imperialistischen Großmacht“, dieser mit unerschütterlichem Optimismus trotz. Sie brachte viele Beispiele, insbesondere aus dem Gesundheitswesen, das auf Kuba allen Menschen kostenfrei zur Verfügung steht. Aber nicht einmal für die Versorgung mit medizinischem Sauerstoff während der Pandemie wurde die Blockade gelockert, auch nicht für Ersatzteile zur Reparatur der eigenen Fabrik zur Herstellung des lebenswichtigen Gutes. Der Sozialismus sei das überlegene System, aber nicht frei von äußeren Umständen.

Die Annäherung unter Obama machte Trump zunichte, mehr noch: Er verschärfte die Maßnahmen gegen Kuba zu einer „Politik maximalen wirtschaftlichen Drucks“, Biden setzt das fort. Der kubanischen Volkswirtschaft gehen aufgrund der Blockade, insbesondere dem Verbot von Geldgeschäften, was Überweisungen ins Ausland zur Zahlung von Importwaren maximal verunmöglicht, jährlich 5 Milliarden US-Dollar verloren. Was könnte mit alleine einem Mal dieser Summe verwirklicht werden für die Menschenrechte auf Kuba? Und weit darüber hinaus - denn das kubanische System tritt für die Menschenrechte Aller ein, was sich an zahllosen medizinischen Hilfsaktionen und der Anteilnahme an den Kämpfen für die Verwirklichung der Menschenrechte überall zeigt. Die Blockade hingegen verletzt die Men-

schenrechte auch derer, die aus den USA nach Kuba reisen wollen und auch die Rechte der Unternehmen, die gerne mit Kuba zusammenarbeiten wollen.

Sie fragte: „Was haben wir verbrochen?“ Kuba sei jederzeit bereit für Gespräche, für Völkerfreundschaft, gute Nachbarschaft - aber nicht ohne Sozialismus, „das haben wir erlebt.“ Kuba wolle nie wieder das Spielhaus der USA sein, sondern das eigene Schicksal selber bestimmen. Sie dankte für die Unterstützung auch der Linken hierzulande, ohne die das nicht möglich wäre und rief dazu auf, das Engagement für die Aufhebung der Blockade fortzusetzen. Hier kann eine entsprechende Petition unterzeichnet werden, die von einem der Initiatoren vorgestellt wurde:  
<https://www.change.org/cuba>



Das Podium, Foto: BeVo

**Norman Paech** nannte Sanktionen ein altes Mittel der Politik reicher Länder gegenüber ärmeren und, den britischen Guardian zitierend, einen „ne imperialistischen Ordnungsversuche in kolonialer Tradition“. Hernach ordnete er Sanktionen völkerrechtlich ein und betonte, dass das Völkerrecht Sanktionen einzig als Druckmittel für völkerrechtskonformes Handeln legitim sind, nicht aber als Mittel zum Regimechange im Sinne der eigenen Interessen. Darauf seien aber die allermeisten Sanktionen gerichtet, er nannte neben Kuba unter anderem den Iran, Palästina und Afghanistan. Außerdem dürften durch Sanktionen kein unverhältnismäßiges Leid ausgelöst werden. Das heißt bezogen auf die aktuelle Russland-Politik, dass, weil Menschenrechte unteilbar sind, sobald in Afrika nur ein Kind wegen der Sanktionen hungert, in Deutschland nur ein Mensch deshalb die Wohnung verliert, die Sanktionen gegen geltendes Recht verstoßen. Dagegen gelte es aufzustehen, Kuba sei dabei ein Verbündeter.

In der Diskussion wurde zum einen die spezifi-

sche Stellung von Kuba zwischen USA und Südamerika hervorgehoben, um zu verdeutlichen, warum die USA keinen militärischen, sondern „nur“ einen wirtschaftlichen Krieg gegen Kuba führen können und andererseits vor der Gefahr



Blick in den Saal, Foto: BeVo

eines Krieges EU gegen Russland gewarnt, der den USA den Angriff auf China ermöglichen würde. Den Iran und Syrien betreffend sei durch eine UN-Sonderberichterstattung für die Folgen einseitiger Strafmaßnahmen belegt, wie die Sanktionen dort gegen die Menschenrechte verstoßen. Dies wurde auch für Kuba angeregt. Darüber hinaus war der kulturelle Aspekt des kubanischen Widerstands Thema und auf welche Weise die sozialistische Ausrichtung und der unbedingte Willen zur

---

**Sonntag, 19. März 2023 um 16:00 Uhr, Rathaus, Festsaal**

## **“Newroz” – Frühjahrsempfang 2023**

**Newroz oder Nouruz**– mit diesem Fest begrüßen mehr als 300 Millionen Menschen im Nahen und Mittleren Osten, auf dem Balkan, in der Schwarzmeer-Region, im Kaukasus und in Zentralasien seit über 3.000 Jahren den **Frühling und das neue Jahr**.

Auch wir, die **Fraktion DIE LINKE** in der Hamburgischen Bürgerschaft, feiern dieses Fest seit 2014 sehr gern und würdigen damit nicht nur die Jahreszeit, sondern auch die vielen Einwohner:innen Hamburgs, für die das Fest von großer Bedeutung ist.

Doch in diesem Jahr möchten wir **mit Rücksicht auf aktuelle Geschehnisse** zusammenkommen: Das **Erdbeben** in Kurdistan, in der Türkei und in Syrien hat unvorstellbare Zerstörung verursacht und viele tausend Menschen ihr Leben gekostet. Wir sind **in tiefer Trauer um die Opfer** und möchten ihrer im Rahmen unseres Newroz-Festes gedenken. Zur Situation vor Ort und Möglichkeiten der Unterstützung werden wir Rede-

Verwirklichung der Menschenrechte den Optimismus und die Kreativität fördern, auch unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen das Notwendige zu tun.

Insgesamt war es eine gelungene und perspektivbildende Veranstaltung, bei der weder die Solidarität mit Kuba noch die aktuelle weltpolitische Lage zu kurz kamen.

Während der Veranstaltung kamen außerdem Spenden in Höhe von mehr als 1.000 Euro zusammen für den Aufbau eines kunstpädagogischen Projekts in Havanna, das krebserkrankten Kindern Kunstgenuss und Lebensfreude in einer schwierigen Lebenssituation bringen soll. Wer noch unterstützen möchte kann das gerne tun an folgendes Spendenkonto:

Humanitäre Cuba-Hilfe (HCH) e.V.  
IBAN: DE52 4405 0199 0091 0160 36  
BIC: DORTDE33XXX (Sparkasse Dortmund)  
Stichwort: INOR-KUNSTTHERAPIE

Bei über 300 Euro bitte die Adresse angeben, an die die Spendenbescheinigung geschickt werden soll. Bei einem Betrag darunter gilt der Kontoauszug gegenüber dem Finanzamt. Als Stichwort für die Überweisung bitte nicht das Wort „Kuba“ verwenden, weil wegen der Blockade gegen Kuba auch Überweisungen innerhalb Deutschlands von den Banken nicht ausgeführt werden.

Kerstin Fremder-Sauerbeck/Alexander Benthin für den BeVo DIE LINKE Hamburg-Mitte

Beiträge hören. Es werden auch **Spenden gesammelt**. Unsere Solidarität ist gefragt.

Wir laden Sie und Euch herzlich zu unserem diesjährigen Empfang ein! Mit einem musikalischen Programm, Informationen und Beiträgen von

**Janine Wissler** (Ko-Parteivorsitzende DIE LINKE)

**Sofia Leonidakis** (Ko-Vorsitzende, Linksfraktion Bremen)

**Cansu Özdemir** und **Sabine Boeddinghaus** (Ko-Vorsitzende, Linksfraktion Hamburg)

Ebenso wird **eine Vertreterin der iranisch-kurdischen Protest-Bewegung** zu uns sprechen, denn die Ereignisse dort sollten und dürfen nicht in den Hintergrund rücken.

Bitte melden Sie sich und meldet Euch **bis zum 10. März 2023** für unser Newroz-Fest unter [veranstaltungen@linksfraktion.hamburg.de](mailto:veranstaltungen@linksfraktion.hamburg.de) an.

## Quo Vadis Bezirksvorstand?

Nicht erst seit gestern sieht sich der Bezirksvorstand (BeVo) in Mitte vermehrt Kritik ausgesetzt. Nachdem er das Problem seiner wenig konstanten Beschlussfähigkeit durch die Zuwahl eines weiteren Vorstandmitglieds vorläufig in den Griff bekommen zu haben scheint, wurden zuletzt einige Entscheidungen getroffen, die für einen Großteil der Mitgliedschaft nicht nachvollziehbar sind.

### Fehlende Dokumentation und Kommunikation

Viele der Entscheidungen des BeVos sind alleine schon deswegen schlecht nachvollziehbar, da in den fast eineinhalb Amtsjahren des BeVos kein einziges Protokoll von dessen Sitzungen veröffentlicht wurde. Es gibt exakt eine Möglichkeit als gewöhnliches Parteimitglied von den Planungen und Beschlüssen des BeVos etwas mitzubekommen. Diese besteht in der Anwesenheit bei den drei- bis fünfstündigen Sitzungen des BeVos. Das ist weder besonders praktikabel für die meisten unserer Genoss:innen, noch ist das transparent. Eine Einbindung gewöhnlicher Parteimitglieder, zum Beispiel im Kontext von Vorbereitungen für Veranstaltungen, ist dadurch kaum möglich. Wir erfahren von Veranstaltung (ganz zu schweigen von Aktionen...) erst, wenn diese angekündigt wurden oder schon vorbereitet sind. (Partei-)Demokratie beginnt mit Transparenz. Ohne die Möglichkeit zu erfahren, wann welcher Beschluss unter Anwesenheit von wem und wie vielen gefasst wurde, ist die innerparteiliche Diskussion gestört und ein demokratischer Kontrollmechanismus außer Kraft gesetzt.

### Finanzen des Bezirksverbandes

Eng verbunden mit der fehlenden Dokumentation der BeVo-Sitzungen sind die intransparenten Finanzen des Bezirkes. So gab es in den letzten Wochen zahlreiche Mitglieder des Bezirkes, die davon gehört haben, dass der BeVo unverhältnismäßig hohe Summen ausgibt. Dies kann aufgrund der fehlenden Dokumentation nicht nachgeprüft werden und wir als normale Mitglieder tappen im Dunkeln. Es existiert weder ein Zwischenbericht über die Finanzen, noch ein Rechenschaftsbericht. Letzterer war für die letzte unserer „monatlichen“ Bezirksmitgliederversammlungen (BMVs) im November angekündigt und wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Der BeVo könnte sicherlich mit einer verbesserten Transparenz oder einer einfachen Stellungnahme gegen die allgemeine Unwissenheit über die bezirklichen Finanzen wirken. Ich persönlich frage mich, ob es notwendig war, dass der Be-

zirksverband sich zu großen Teilen finanziell an einer Veranstaltung am 12.2.2023 beteiligt, die in Barmbek stattfand und für diese einen gesamten Theatersaal anzumieten, während sich der Bezirksverband Hamburg-Nord lediglich mit 250 € beteiligt haben soll. Abgesehen davon, dass der eingeladene Referent, Kristian Glaser, sich nicht am „heißen Herbst“ beteiligte, damit also eine denkbar schlechte Besetzung darstellt und zudem in unserer Partei als hochumstritten gilt, fragen sich die Parteimitglieder, die auf Umwegen über die Finanzierung informiert wurden, warum man eine hohe Summe Geld in die Hand nimmt, um eine Veranstaltung zu finanzieren, die außerhalb unserer Bubble kaum eine Person interessiert und absolut keine Außenwirksamkeit hat. Man hätte eine ähnliche Veranstaltung mit demselben Effekt auch als Studierendenverband an der Universität oder in einem wesentlich kleineren Rahmen und mit geringerem finanziellem Aufwand in der alevitischen Gemeinde oder einem alternativen, günstigen Ort planen können.

Ähnliches gilt für die Veranstaltung am 1.3.2023 mit der kubanischen Botschafterin im Musiksaal des Gewerkschaftshauses. Es erschließt sich mir nicht, warum hierfür laut abgelehnten Antrags an den Landesvorstand am 18.1.2023 4.150 € angesetzt wurden. Alleine die Raummiete liegt bei 1.500 €. Darüber hinaus kann ich nicht nachvollziehen, warum eine solche Veranstaltung nicht vorab mit der RLS, der Bezirks- und Bürger-schaftsfraktion oder der Hamburger Bundestags-abgeordneten abgesprochen wurde, um die Kosten für die Partei zu minimieren und die Veranstaltung stattdessen über die Mittel der Fraktionen (oder Stiftung), die sich nicht ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden zusammensetzen, zu finanzieren.

Nicht zuletzt wurde über den BeVo anscheinend eine Musikanlage zu einem vierstelligen Preis erworben. Warum man eine teure Anlage kauft, anstatt die aus der Landesgeschäftsstelle zu leihen, die, aus eigener Erfahrung, für Kundgebungen ausreichend ist, oder bei anderen linken Organisationen bessere Anlagen für kleines Geld anzumieten, erschließt sich den Mitgliedern, die davon wissen, nicht. Außerdem bleibt fraglich, warum bei so einem Erwerb die Mitglieder des Bezirkes nicht informiert wurden, um sie gegebenenfalls für Aktionen, Kundgebungen oder Demonstrationen ausleihen zu können. Auch zu den Fragen, ob eine Anlage gekauft wurde, wenn ja wie teuer sie war und um welches Modell es sich handelt, welchem Zweck sie dient und wieso sie trotz Alternativen angeschafft wurde, sollte der

BeVo Stellung beziehen. Sollten die Meldungen darüber stimmen, würde dies bedeuten, dass mit den finanziellen Mitteln des BeVos nicht sonderlich verantwortungsvoll umgegangen wird.

Wie man sieht, ist durch die mangelhafte Dokumentation und Kommunikation des BeVos sowohl die demokratische Kontrolle der gewöhnlichen Mitglieder, wie auch Partizipation an politischen Arbeiten gestört. Was ich nicht beurteilen kann, ist die Frage, ob eine finanzielle Beteiligung von Seiten des BeVos mit diesen hohen diskutierten Summen alleine in diesem Kalenderjahr im Hinblick auf die kommenden Bezirks- und Europawahlen absichtlich erfolgt, oder der BeVo grob fahrlässig handelt. Eine Antwort darauf, kann vermutlich nur der BeVo selbst liefern.

### Veranstaltungen und Aktionen

Bereits im letzten Abschnitt trat Kritik an der Veranstaltungsplanung des BeVos zu tage. So ist die Öffentlichkeitswirksamkeit verschwindend gering, die Auswahl der eingeladenen Referierenden nicht gerade unstrittig und Aktionen abgesehen von Diskussionsveranstaltungen sind rar gesät. Es gab in der aktuellen Amtszeit des BeVos genau ein Neumitgliedertreffen, keine einzige Bildungsveranstaltung und auch keine Publikation des Bezirksverbandes. Selbst der Beschluss der BMV, monatlich BMVs zu veranstalten, wird ignoriert. Stattdessen werden mit anderen Parteigliederungen Diskussionen über das Scheitern des heißen Herbstes mit unbeteiligten Personen geführt, oder die Botschafterin eines Landes mit durchaus defizitärer Demokratie auf Parteikosten eingeladen. Weitere Veranstaltungen, geschweige denn Aktionen des BeVos sind mir nicht geläufig. Weder lässt sich eine strategische Ausrichtung in der Veranstaltungsplanung erkennen, noch werden BMV-Beschlüsse umgesetzt oder

die begrenzten Kapazitäten des BeVos effektiv eingesetzt.

Zuletzt hat der Aufruf zur Beteiligung an der Friedensdemonstration in Berlin am 25.02.2023 für Verwirrung gesorgt. Der BeVo stellt sich damit nicht nur offen gegen einen Beschluss des Bundesvorstandes, sondern unterstützt damit auch mittelbar die Initiatorinnen Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer. Während die Feministin Schwarzer in den letzten Jahren vor allem durch transphobe Äußerungen auffällt, fantasieren die Anhänger:innen Wagenknechts längst öffentlichkeitswirksam von der Gründung einer neuen Partei und sie selbst möchte nicht mehr für die Partei antreten. Zudem veröffentlichte sie ein parteischädigendes Buch im Jahr der Bundestagswahl und ist bei vielen Linken aufgrund ihrer nationalistischen und migrationskritischen Äußerungen unbeliebt. Der Aufruf des BeVos reiht sich damit in eine Reihe von Hammerschlägen, die dazu dienen den Riss in der Partei zu vertiefen, um eine Spaltung der Partei zu provozieren. In dieses Bild passt auch die angestrebte Kooperation mit dem Hamburger Forum, dessen querfrontlerischen Tendenzen in der Hamburger linken Szene bereits seit Monaten für Unmut sorgen und auf breite Ablehnung stoßen.

Ob dies mit der mangelhaften Dokumentation der Arbeit des BeVos oder den unverhältnismäßigen Ausgaben in diesem Kalenderjahr zusammenhängt, vermag ich nicht abschließend zu beurteilen. Der BeVo sollte sich diesen Artikel allerdings zum Anlass nehmen, über die strategische Ausrichtung in Hinblick auf die Bezirks- und Europawahlen im kommenden Jahr nachzudenken sowie sich einer verantwortungsvollen Finanzplanung anzunehmen, beziehungsweise zu den Berichten über die Ausgaben Stellung zu beziehen.

Patrick Walkowiak

---

## Kein Schlussstrich: NSU-Komplex in Hamburg endlich aufklären!

Diskussionsveranstaltung mit

- **Caro Keller** (NSU-Watch)
- **Alexander Hoffmann** (Rechtsanwalt, NSU-Nebenklage)
- **Ibrahim Arslan** (Überlebender des Anschlages in Mölln)
- **Nissar Gardi** (Empower Hamburg)

Mittwoch, 22. März 2023 / 19:00 Uhr

- Ort: *Patriotische Gesellschaft*  
Trostrücke 4-6
- Veranstalter: *Linksfraktion Hamburg*

Moderation: **Deniz Celik** (Linksfraktion Hamburg)

## Internationaler Frauentag 8. März 2023



Wir die LAG-Feminismus sind offizielle Bündnispartner\*innen des Hamburger Bündnis' zum internationalen 8.März Streik und rufen gemeinsam mit der LAG - Queer zur diesjährigen (All-Gender) Demonstration zum internationalen feministischen Kampftag auf.

Wir hoffen auf eine breite Beteiligung an unserem DIE LINKE Block!

Nora Stärz, Sprecherin LAG Feminismus

Aufruf: „Wir vom Hamburger Bündnis zum internationalen 8. März Streik laden alle herzlich zu unserer diesjährigen Bündnisdemonstration anlässlich des Internationalen Feministischen Kampftag am 8. März 2023 in Hamburg ein. Unter dem Motto: Überlastet, Ungesehen, Un(ter)bezahlt möchten wir mit so vielen wie möglich auf die Straße gehen. Die diesjährige 8. März Demo ist all Gender bedeutet für alle Geschlechter auch Cis Männer sind willkommen. Hier einmal die Eckdaten.

**Mittwoch, 08.03.23, 16.00 Uhr,**  
Besenbinderhof 20097 Hamburg  
Abschlusskundgebung ab 18.00 Uhr  
auf dem Rathausmarkt mit Performance.

### Alle auf die Straße am feministischen Kampftag!

Der 8. März ist der internationale feministische Kampftag. Seit mehr als einem Jahrhundert gehen wir an diesem Tag auf die Straße, um die gewaltvolle Unterdrückung, Ausbeutung und Abwertung anzuprangern, der wir täglich ausgesetzt sind. Dabei sind wir FLINTA\* – Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans- und agender Personen - mit und ohne Behinderung allen Alters Teil einer internationalen Bewegung.

Wir sind unterschiedlich, aber uns eint die Wut und die Entschlossenheit, diese systematische Unterdrückung nicht länger hinzunehmen. Um das sichtbar zu machen, demonstrieren wir am 8. März auch in Hamburg (Besenbinderhof 20097 Hamburg, 16.00 Uhr). Wir kämpfen für einen antikapitalistischen, internationalistischen und anti-rassistischen Feminismus. Uns bewegt der Wunsch, diese Gesellschaft grundlegend zu verändern.

### Anhaltende Krise und aktuelle Kämpfe

Seit nun fast einem Jahr leiden wir unter den Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine und noch länger schon unter den Folgen der Coronakrise und der damit verbundenen Inflation, die von Tag zu Tag immer mehr unsere Existenz bedroht. Mit mickrigen Einmalhilfen versuchen wir seit Monaten über die Runden zu kommen und warten in vielen Bereichen vergeblich auf einen Inflationsausgleich, während von einer Nacht auf die andere 100 Milliarden Euro in Form eines Sondervermögens für die Bundeswehr locker gemacht werden. All das spüren wir jetzt stärker denn je. Die Armutsquote in Deutschland hat in diesem Jahr einen neuen Höchststand von 16,1% erreicht. Das heißt, dass mehr als jede 6. Person mittlerweile von Armut betroffen ist. Darunter sind überdurchschnittlich viele Frauen. Auch global sind von den 1,8 Milliarden Menschen, die unter der absoluten Armutsgrenze leben, 70% Frauen.

### We don't care for Capitalism!

Das liegt unter anderem daran, dass wir zu Hause unzählige Stunden an unbezahlter Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit leisten. Diese Care-Arbeit wird als selbstverständlicher Akt der Liebe eingefordert und nicht als harte, lohnwürdige Arbeit anerkannt. Dadurch sind wir einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt. Dem Bundesarbeitsministerium zufolge verdienen rund 2,7 Millionen vollzeitbeschäftigte Frauen so wenig, dass ihre monatliche Rente auch bei regulärem Renteneintritt nach 40 Jahren unter 1.000 Euro liegen wird. Dadurch entstehen familiäre Abhängigkeitsverhältnisse, die für FLINTA\* Personen

kaum zu verlassen sind. Hinzu kommt, dass die unbezahlte Care-Arbeit eine Doppelbelastung zur Lohnarbeit darstellt.

Darüber hinaus sind Berufe, in denen mehrheitlich FLINTA\* tätig sind, jene in denen Pflege- und Care-Arbeit geleistet wird. Diese Berufe sind größtenteils unterbezahlt und prekär. Unsere Arbeit wird gering geschätzt und unsichtbar gemacht. Noch immer verdienen wir durchschnittlich 20% weniger als cis Männer. Wir fordern Anerkennung für diese Berufsfelder sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

### **Solidarität mit Streikenden (TVöD)**

In diesem Sinne unterstützen wir die streikenden Kolleg:innen im öffentlichen Dienst. Die Streiks zeigen: Ohne uns steht die Welt still. In diesem Jahr findet am 8. März auch der Aktionstag des Sozial- und Erziehungsdienstes im Rahmen der Tarifrunde öffentlicher Dienst (TVöD) statt. Ein Bereich, in dem über 90% der Beschäftigten FLINTA\* Personen sind. Die Kolleg:innen fordern zu Recht 10,5% und mind. 500 Euro monatlich mehr und haben unsere volle Solidarität. Für uns alle gilt: Ohne qualitativ hochwertige öffentliche Betreuungs-, Pflege- und Bildungseinrichtungen können traditionelle Rollenbilder und die sexistische Arbeitsteilung nicht überwunden werden. Ein erfolgreicher Kampf der Kolleg:innen ist ein Erfolg für alle FLINTA\*!

Wir fordern deshalb eine flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung und Versorgung von Pflegebedürftigen sowie eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei gleichbleibendem Lohn, damit Sorgetätigkeiten unter allen Menschen im Haushalt gleichberechtigt aufgeteilt werden können. Gemeinsam treten wir ein für eine Gesellschaft, in der alle haben, was sie brauchen. Wir fordern deshalb die materielle Aufwertung von sogenannten „systemrelevanten“ Berufen wie z.B. Pflege-, Erziehungs- und Reinigungsarbeit. Die Privatisierung des Gesundheitsbereiches muss rückgängig gemacht werden. Reproduktive Tätigkeiten wie Pflege und Erziehung müssen der Profit- und Wachstumslogik entzogen, finanziell aufgewertet sowie personell aufgestockt werden.

### **Gewalt an FLINTA\***

Wir sind alltäglichem Sexismus ausgesetzt und wollen die Anmachereien, Anfeindungen und Übergriffe nicht länger hinnehmen. Seit Jahren beobachten wir mit Sorge, dass Angriffe auf FLINTA\* Personen zunehmen. Jede dritte FLINTA\* Person in der EU hat schon einmal sexualisierte Gewalt erlebt. Die Gefahr geht sowohl im öffentlichen Raum von Fremden aus, als auch im vermeintlich sicheren, privaten Bereich von

vertrauten Personen. Femizide werden als angebliche „Beziehungstaten“ verharmlost und als Einzelfälle abgetan. Täglich gibt es in Deutschland Tötungsversuche an FLINTA\* Personen mit und ohne Behinderung. Mindestens jeden dritten Tag endet einer dieser Versuche tödlich. In den meisten Fällen handelt es sich bei den Tätern um (Ex-) Partner. Allein im letzten Jahr wurden in Deutschland 122 Femizide begangen. FLINTA\* Personen müssen um ihr Leben fürchten. Wo bleibt der gesellschaftliche Aufschrei? Jeder Femizid ist politisch und dient der Sicherung patriarchaler Machtverhältnisse und Herrschaft und ist somit Teil der systematischen Unterdrückung von FLINTA\*.

Gerade jene FLINTA\* Personen, die den patriarchalen Geschlechterrollen und eurozentristischen Schönheitsidealen nicht entsprechen, trifft die Gewalt besonders oft, insbesondere BIPoC trans Personen.

Doch nicht nur gewaltvolle Übergriffe sind ein Problem, auch den alltäglichen Belästigungen durch das Patriarchat möchten wir uns nicht länger aussetzen. Wir werden in der Werbung, in den Medien und im Beruf ständig mit sexistischen, homo- oder transfeindlichen Inhalten und stereotypen Geschlechtervorstellungen konfrontiert. Mit dem digitalen Zeitalter ist auch eine neue Bedrohung für FLINTA\* Personen hinzugekommen: digitale Gewalt. In Foren und auf sozialen Netzwerken verbreiten Incels und Antifeministen misogynen Inhalte und bedrohen die psychische sowie physische Sicherheit von uns allen und normalisieren Übergriffe und sexistisches Gedankengut, da diese Bedrohung und Radikalisierung immer mehr ihren Weg in die Öffentlichkeit findet. Wir nehmen die Gewalt nicht länger hin! Damit jegliche Gewalt an FLINTA\* mit und ohne Behinderung aufhört, fordern wir die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention! Schutzplätze für von Gewalt bedrohte und betroffene Menschen müssen ausreichend zur Verfügung gestellt und FLINTA\* mit und ohne Behinderung aus Frauenhäusern muss ein vereinfachter Zugang zum Wohnungsmarkt garantiert werden!

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der sich jede:r frei bewegen kann sowie in Sicherheit und in menschenwürdigen Verhältnissen leben kann. Dafür fordern wir einen gesicherten Aufenthaltsstatus sowie ein ehgattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für geflüchtete Personen und die sofortige Evakuierung aller Lager für Geflüchtete wie jene auf Lesbos oder in Bosnien!

### **Our Body - Our Choice!**

Wir stehen ein für sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit. Nachdem im letzten Jahr mit dem §219a das sogenannte Werbe-

verbot für Abtreibungen endlich abgeschafft wurde, ist nun der §218 dran. Wir fordern, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Die strafrechtliche Regelung entmündigt Betroffene, trägt zum gesellschaftlichen Stigma bei und verweigert uns die selbstbestimmte Entscheidung über unsere Körper. Schluss damit! Wir prangern die immer schlechter werdende medizinische Versorgung von ungewollt Schwangeren an. In Deutschland klaffen erhebliche Versorgungslücken, vor allem im ländlichen Raum. Deshalb fordern wir einen uneingeschränkten und flächendeckenden Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen – wohnortnah, barrierefrei und zu jedem Zeitpunkt legal. Die Wartezeit muss gestrichen und die Pflichtberatung durch ein Recht auf qualifizierte und ergebnisoffene Beratungsangebote ersetzt werden. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und sollten ein verpflichtender Teil der Ausbildung von gynäkologischen Fachärzt:innen sein sowie vollständig von der Krankenkasse übernommen werden. Ferner braucht es den kostenfreien Zugang zu allen Verhütungsmitteln - einschließlich der „Pille danach“- und eine wirksame Strategie gegen Gehsteigbelästigung durch fundamentale Abtreibungsgegner:innen. Damit die Entscheidung, ob eine Schwangerschaft ausgetragen wird, so frei wie möglich sein kann, fordern wir mehr staatliche Unterstützung für diejenigen, die sich für ein (weiteres) Kind entscheiden. Wir solidarisieren uns mit allen, die weltweit für reproduktive Gerechtigkeit kämpfen. Dank der Arbeit von Aktivist:innen und dem Mut von Menschen, die offen über ihre Abtreibungen sprechen, haben in den letzten 30 Jahren ungefähr 60 Länder die Legalität von Abtreibungen erhöht – zuletzt Irland, Argentinien, Mexiko und Kolumbien. Gleichzeitig sehen wir, wie in anderen Ländern reproduktive Rechte mehr denn je angegriffen werden. In den USA kippte der Supreme Court im letzten Jahr das Recht auf Abtreibung, wonach 24 Bundesstaaten Verbote oder restriktive Gesetze einführten. In Polen ist Abtreibung seit 2021 de facto verboten. Dort sind bereits Schwangere gestorben, da Ärzt:innen aus Angst vor strafrechtlichen Konsequenzen lebensnotwendige Schwangerschaftsabbrüche verwehrten. Auch vor dem Ukraine-Krieg geflüchtete Menschen in Polen haben (auch nach Vergewaltigungen) vor Ort keinen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Im Februar 2023 steht Justyna Wydrzyńska in Warschau vor Gericht, weil sie Abtreibungspillen an eine ungewollt schwangere Frau weitergegeben hat, die häuslicher Gewalt durch ihren Partner ausgesetzt war. Ihr drohen 3

Jahre Haft. Wir solidarisieren uns mit Justyna und unterstützen Aktivist:innen und Netzwerke weltweit, die Abtreibungsverbote umgehen, um die Versorgung ungewollt Schwangerer zu gewährleisten, wo die Regierungen versagen.

### **Wir kämpfen, bis wir alle frei sind!**

Nur wenn wir all die verschiedenen feministischen Kämpfe marginalisierter Gruppen vereinen und zusammen kämpfen, können wir am Ende das Patriarchat überwinden und eine Gesellschaft aufbauen, in der Gleichberechtigung für alle keine leere Phrase ist. Gerade Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen sind nicht nur von Sexismus, sondern auch von Queerfeindlichkeit betroffen. Gegen Sexismus zu kämpfen bedeutet auch gegen Queerfeindlichkeit zu kämpfen! Deshalb fordern wir, dass die sexuelle Identität in Artikel 3 Grundgesetz verankert wird! Das menschenunwürdige TSG\* muss endlich abgeschafft werden! Her mit dem Selbstbestimmungsgesetz, auf das wir jetzt schon viel zu lange warten. Jeder Tag ohne ist einer zu viel und kostet potenziell Menschenleben.

Außerdem kämpfen wir für eine Gesellschaft jenseits von Nationalitäten und Grenzen. Wir sagen Antifeminismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus den Kampf an! Wir lassen uns nicht weiter rassistisch diskriminieren oder als „exotische Schönheiten“ sexualisieren. Ob ihr unsere Namen aussprechen könnt oder nicht, wir werden uns nicht anpassen. Unser Feminismus bleibt antirassistisch! Außerdem blicken wir auf internationale Kämpfe von Feminist:innen und solidarisieren uns!

### **Jin Jiyan Azadi! Eine andere Welt ist möglich!**

Nach vielen Jahren der Unterdrückung und Ausbeutung wird der Kampf von FLINTA\* an vielen Orten der Welt stärker. In Rojava wird eine geschlechterbefreite Gesellschaft aufgebaut. Im Iran führen FLINTA\* unter der Parole der kurdischen Frauenbewegung „Jin Jiyan Azadi“ eine feministische Revolution an. In vielen Ländern von Abya Yala\*\* kämpfen Feminist:innen und Indigene für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung und für eine ökologische, geschlechterbefreite Welt. Wir solidarisieren uns auch mit den von den Folgen des Erdbebens betroffenen FLINTA\* in der Türkei und Syrien. Die feministische Bewegung ist international!

Und so wie unsere Vorkämpfer:innen, die gegen den ersten und den zweiten Weltkrieg und auch gegen imperialistische Kriege in aller Welt eingestanden sind, verbinden auch wir unsere Befreiung mit dem Kampf für Frieden. So sprach Clara Zetkin am 8. März 1932 kurz vor der Machtübernahme der Faschisten: „Der internationale kom-



munistische Frauentag wird in der ganzen Welt im Zeichen des Kampfes gegen die Gefahr eines neuen Weltgemetzels begangen.“ FLINTA\* in Kriegsgebieten sind nicht nur besonders von Gewalt und sexualisierten Übergriffen betroffen, sondern leiden durch ihre Rolle als Leistende von Reproduktionsarbeit oft auch schwer unter dem Verlust ihrer Partner:innen und Verwandten, weshalb wir gegen eine Eskalation aller Kriege weltweit eintreten müssen!

Sei du auch dabei! Werden wir aktiv und organisieren wir uns! Reden wir mit Kolleg:innen, Freund:innen, Töchtern, Großmüttern, Müttern, Tanten und Schwestern und allen, die sich am 8. März solidarisch zeigen wollen!

Wir alle können gemeinsam die unbezahlte Arbeit niederlegen und streiken. Üben wir Druck aus, gehen wir gemeinsam auf die Straße und vereinbaren öffentliche Plätze. Lasst uns wie unsere Vorgänger:innen und Mitstreiter:innen weltweit mit allen nötigen Mitteln für ein gutes Leben für

alle kämpfen. Auf dass unsere Arbeit sichtbar wird und unsere Forderungen öffentlich gehört und durchgesetzt werden! Langfristig wollen wir jedoch keine gleichberechtigte Teilhabe an einem System, das auf Konkurrenz, Abwertung, Diskriminierungen sowie Ausbeutung von Mensch und Natur basiert und außerdem nur über das Abwerten von vermeintlicher FLINTA\* Arbeit funktioniert. Der Staat sowie die herrschende Klasse verdienen an unserer Ausbeutung und halten somit das Patriarchat aufrecht. Langfristig kämpfen wir für einen Systemwandel! Jeder Tag ist ein feministischer Kampftag!

**Schließt euch an!“**

\* *Transsexuellengesetz*

\*\* *vorkoloniale Bezeichnung für den amerikanischen Kontinent*

ag-feminismus mailing list:

ag-feminismus@lists.die-linke-hh.de

<https://lists.die-linke-hh.de/mailman/listinfo/ag-feminismus>

---

## Enteignungen gesetzlich ermöglichen!

Um den Menschen mit „§5-Schein“ tatsächlich Wohnraum zur Verfügung stellen zu können, könnte beispielsweise im Zuge einer gesetzlichen Änderung des § 1 WoFG in den Wortlaut „und anderer Maßnahmen“ eine Verweisungsnorm auf ein neu zu schaffendes Gesetz eingefügt werden. Dieses Gesetz sollte Enteignungen von Gebäuden und Grundstücken zur Schaffung von sozialem Wohnraum ermöglichen, um der derzeitigen Wohnungsknappheit und der Gefahr des weiteren Anstiegs von Obdachlosigkeit entgegen zu wirken.

Einzufügender neuer Absatz (3):

*Die zuständige Landesbehörde wird hiermit ermächtigt, zur Schaffung von ausreichendem und genügendem Wohnraum für Bedürftige insbesondere leerstehende Gebäude und Immobilien zum Zwecke der Schaffung von ausreichendem Wohnraum zu enteignen.*

Eine solche gesetzliche Regelung findet ihre Grundlage im Art. 14 III des Grundgesetzes, der die Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit gegen angemessene Entschädigung ausdrücklich zulässt.

Das WoFG ist ein hamburgisches Landesgesetz. Im Rahmen der föderalen Ordnung wäre ein solches Gesetz durch die Legislative in der Bürgerschaft durchaus möglich. Einziges Problem wären hierbei die Mehrheitsverhältnisse in der hamburgischen Bürgerschaft. Wenn ich so nun einmal programmatisch argumentiere, muss die immer stärker werdende und zudem auch sichtbare Ar-

mut in Hamburg dadurch endlich zurückgedrängt werden. Hierfür und hierzu muss DIE LINKE nun den Anfang machen. Durch die EU-Osterweiterung und den Krieg in der Ukraine und auch anderswo, wird die Bevölkerungsdichte im Gebiet der FHH immer mehr und noch weiter ansteigen. Auch könnte im gesamten übrigen Bundesgebiet die Einwohnerdichte weiter ansteigen. Da Hamburg kaum noch Flächen zur Verfügung hat, müssen eben vorhandene wie z.B. leerstehende Gebäude zur Schaffung von Wohnraum enteignet werden. Der Leerstand führt ja zu einer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus § 3 SOG. Auch sollte bei der Stadtentwicklung und dem Neubau von Wohngebäuden die Möglichkeit einer Änderung der hamburgischen Bauordnung dahingehend geprüft und vorgenommen werden, zukünftig auch wieder Hochhäuser wie Ende der 1960er-Jahre und 1970er-Jahre zu bauen. In derartigen neuen sozialen zu bauenden und zu errichtenden Wohngebieten darf der Anschluss an das U-Bahn/S-Bahnnetz/Stadtbahnnetz nicht fehlen. Alles dieses muss bereits in der Planungsphase mit bedacht und umgesetzt werden. Nur in derartigen Hochhäusern sind jene Menschen, die jetzt noch dazu kommen, überhaupt unterzubringen. Aufgrund der stark angestiegenen Kraftstoffkosten werden u.U. auch immer mehr Menschen vom Land in die Stadt ziehen wollen.

Roberto Perez Hagen

## DIE LINKE. St. Pauli schenkt aus...

Bereits zum zweiten Mal konnte die Stadtteilgruppe St. Pauli die Aktion des **LINKSAKTIV Mitte** "DIE.LINKE schenkt aus ..." unterstützen.

Im Dezember fand die Einladung die Unterstützung einer Fotogalerie in der Marktstraße und richtete sich hauptsächlich an Wohnungs- und Obdachlose im Karo-Viertel. Und tatsächlich konnten die GenossInnen rund 15 Personen an den Plätzen und Straßen ansprechen, die die heiße Suppe genossen und/oder Schlafsack, Iso-Matte oder Kleidung erneuern konnten.

Aber die Stadtteilgruppe wollte ein Treffen mit AnwohnerInnen des Viertels machen, um von deren konkreten Problemen zu erfahren. Unter Umständen hätten wir Antworten auf ihre Fragen in unserem nächsten Bezirkswahlprogramm 2024 aufnehmen können.

Das Angebot des Bauspielplatzes Am Brunnenhof fand sofort unsere Zustimmung, da dieser häufig als Treffpunkt der Nachbarschaft - insbesondere bei rechtlichen Problemen - genutzt wird, obwohl derer Schwerpunkt in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit liegt.

Aber es kommt oft anders als geplant: Die Stellschilder standen rechtzeitig. Der Info-Tisch musste wegen Unwetters ausfallen. So wurden die Info-Blätter in die umliegenden Hauseingänge geklebt. An dem Abend fanden sich neben den vier GenossInnen, die den Eintopf, Kekse und Getränke ausgaben noch 10 weitere Personen ein.

Aufgrund derer prekären Lebenssituationen (als Wohnungs- oder Obdachlose) erzählten einige von ihren - augenblicklich - desaströsen Wohnverhältnissen: in einem Einzelzimmer in einem Hotel in Wandsbek, ein anderer in einem notdürftig umgestalteten Bürogebäude mit Gemeinschafts-Klo und -küche in Hummelsbüttel und ein weiterer in einem Vier-Bett-Zimmer in der Notunterkunft in der Friesenstraße (Hamm). Diese müssen die BewohnerInnen zwischen 9.00 und 17.00 Uhr verlassen - und sich irgendwo "herumtreiben". Mehrere hatten ebenfalls Erfahrung mit

vorheriger Wohnungslosigkeit: bei Freunden auf dem Sofa "zwischengeparkt", am Elbstrand oder im Friedhofsklo geschlafen.

Unzählige "Vorstellungsgespräche" bei Wohnungsunternehmen. Ablehnungsgründe werden nicht ersichtlich. Erhält derjenige Geld vom Jobcenter oder arbeitet er? Suchtmittelprobleme? Vorherige Mietschulden, Wohnungsräumung? Alles Fragen, die sie vorher beantworten müssen.

Alle wollen in Hamburg wohnen bleiben. Hier organisieren sie sich essenstechnisch über Tafeln oder günstige Essensausgaben. Die alten Kontakte zu Freunden gehen häufig verloren, weil man seine längere Wohnungslosigkeit rechtfertigen muss:

"Man hat keine Ziele mehr!"

Im Gespräch erfuhren die Anwesenden, dass **DIE.LINKE** in der Bürgerschaft und in den Bezirken die richtigen Ziele in ihren Anträgen formuliert. Dass die Umsetzung des "**Housing First-Projektes**" durch die Sozialbehörde so langsam "an Fahrt gewinnt", ist auch der Beharrlichkeit der **LINKEN** zu verdanken.

Wir bedanken uns für die Unterstützung des Teams vom Bauspielplatz St. Pauli, Am Brunnenhof, die dieses Treffen möglich gemacht hat - und bei dem Genossen Holger Knorr, der die meisten Anwesenden persönlich angesprochen hat.

Eines zum Abschluss: keine Minute waren die Gespräche langweilig oder unsachlich.

P.S. Ich höre schon den einen oder die andere sagen, na "da hat sie ja einen tollen Erlebnisbericht geschrieben".

Kein Niveau? Nein, ein Austausch von Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen.

**"Jeder Mensch ist gleichwertig - Armut ist die schlimmste Form der Gewalt"**

*Gerhard Trabert - parteiloser Kandidat für die LINKE.  
zur Wahl des Bundespräsidenten 2022*

Verena Brachvogel, BO St. Pauli

---

## Der Kampf um den Gesundheitskiosk geht weiter.

Wir haben beschlossen, dass wir weiter Unterschriften für den Erhalt des Gesundheitskiosks Billstedt/Mümmelmannsberg sammeln.

Termine dafür sind:

der 21.3., 24.3., 28.3., 31.3., 4.4. jeweils zwischen 10:00 und 13:00

Über Unterstützung würden wir uns freuen.

Die Unterschriften sollen am 11.4. im Gesundheitsausschuss der Bürgerschaft an die Gesundheitssenatorin **Frau Melanie Schlotzhauer** übergeben werden.

Für die BO Billstedt: Wolfgang Strauß

## Termine in (und für) Mitte

### **Immer freitags, 17 bis 18 Uhr**

**Mahnwache** für den Gedenkort Stadthaus  
Stadthausbrücke

### **Dienstag, 07.03., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

### **Donnerstag, 09.03., 18:00 Uhr;**

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**  
Büro Borgfelder Str. 83

### **Montag, 13.03., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

### **Dienstag, 14.03., 16:30 Uhr**

*(Achtung, um einen Tag verschoben!)*

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

### **Mittwoch, 15.03., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 23.03., 17:30 Uhr**

**Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung**  
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

### **Donnerstag, 23.03., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli**  
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53  
(Nebenraum)

### **April 2023**

### **Dienstag, 04.04., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

### **Donnerstag, 13.04., 18:00 Uhr;**

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**  
Büro Borgfelder Str. 83

### **Voraussichtlich:**

### **Montag, 17.04., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

### **Mittwoch, 19.04., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
GW, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 20.04., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli**

**Achtung:** Wir sind wegen eines neuen Treffpunktes in Verhandlung – genaueres in der nächsten Ausgabe

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.  
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck  
fremdes@gmx.de

**Sozialberatung** von Quentin Villwock:

Mittwoch, 08. + 22.03., 10 – 12 Uhr,  
in der Geschäftsstelle, Burchardstraße 21, IV

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

### Bezirksvorstand:

### Telefon

### Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
Im Netz:	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipzig (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipzig@t-online.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX